

INHALT

1. Aktuelle Stunde: Fraktionschef Günther kritisiert Albigs Äußerungen
2. Landesregierung will Mittel für Infrastrukturplanung noch einmal um ein Drittel kürzen
3. CDU-Antrag für 24-Stunden-KiTas im Landtag
4. CDU fordert Rückkehr zu Sperrklausel im Kommunalwahlrecht
5. Piraten wollen Handyverbote an Schulen untersagen
6. CDU steht zur Wahlfreiheit G8/G9 an Gymnasien
7. SPD, Grüne und SSW wollen Ruhestandsbeamte zurück holen
8. Vernissage lockt 160 Besucher in die Räume der CDU-Landtagsfraktion

18.11.2015

Aktuelle Stunde: Fraktionschef Günther kritisiert Albigs Äußerungen **Landtag gedenkt Pariser Terroranschläge**

Die Terroranschläge von Paris beschäftigten heute auch den Schleswig-Holsteinischen Landtag. Während die Aktuelle Stunde, die die regierungstragenden Fraktionen zuvor beantragt hatten, zunächst einhellig verlief und alle Redner die Attentate auf das Schärfste verurteilten, sorgten Äußerungen des Ministerpräsidenten für reichlich Irritationen.

Dieser hatte mit Blick auf die derzeitige Diskussion über eine militärische Antwort und mögliche Beteiligung Deutschlands betont, der Kampf gegen Fanatiker werde nicht auf Schlachtfeldern entschieden. Freie Gesellschaften müssten solche Terroranschläge aushalten. Militärische Reaktionen erzeugten nur weiteren Hass. Aus seiner Sicht müsse jetzt die Integration der Flüchtlinge in den Mittelpunkt gestellt werden, so solle vermieden werden, dass Flüchtlinge oder ihre Kinder später solche Taten begehen.

Dem trat CDU-Fraktionschef Daniel Günther deutlich entgegen. Es sei das falsche Zeichen an die Bevölkerung, wenn der Staat den Eindruck vermittele, er würde vor dem Terrorismus kapitulieren.

In seiner vorangegangenen Rede hatte Günther bereits betont, dass Deutschland sich im Einsatz gegen den Terrorismus nicht vor seiner Verantwortung drücken könne. Beim bisherigen Beobachterstatus dürfe es nicht bleiben. „Da dürfen wir uns als Deutsche nicht ins Abseits stellen“, so der CDU-Fraktionschef.

Die Attentate von Paris bezeichnete Günther als Anschläge auf Freiheit und Demokratie. „Es gibt eine klare Botschaft, die nach dem 13. November von Europa ausgeht: Wir lassen uns nicht

von Hass und Fanatismus in die Knie zwingen und uns unsere so hart erkämpfte Freiheit nehmen. Wir halten zusammen“, betonte Günther. Die Absage des gestrigen Länderspiels zwischen Deutschland und den Niederlanden in Hannover habe gezeigt, wie nah die Bedrohung sei.

Günther warb für einen starken Staat und warnte davor, in Debatten über die Arbeit der Sicherheitsbehörden lediglich zu argumentieren, der Staat würde die Freiheit bedrohen. Vielmehr müsse die Frage, wie der Staat den Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger effektiv gewährleisten kann, in den Fokus der Diskussion gerückt werden.



CDU-Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Landesregierung will Mittel für Infrastrukturplanung noch einmal um ein Drittel kürzen Koch: Spätestens mit der Nachschiebeliste steht für Sanierung kein Geld mehr zur Verfügung



Tobias Koch, Finanzexperte der CDU-Fraktion

SPD, Grüne und SSW brachten heute ihr „InfrastrukturModernisierungsprogramm“ als Gesetzentwurf auf den Weg. „Mit diesem Programm wird auch ab 2018 nicht ein einziger Euro zusätzlich in die Infrastruktur gesteckt. Der heutige Tagesordnungspunkt dient ausschließlich der Täuschung der Öffentlichkeit“, erklärte dazu CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch.

Die CDU-Fraktion habe bereits nachgewiesen (Link siehe unten), dass Finanzministerin Heinold in ihrer Bedarfsberechnung ganze Investitionsbereiche bewusst ausgeblendet habe –

beispielsweise den Wohnungsbau, den Breitbandausbau und die Hochschulen. Preissteigerungen seien über einen Zeitraum von 14 Jahren nicht berücksichtigt worden. Obendrein werde aufgrund der zu niedrigen Summe bis 2024 ein zusätzlicher Sanierungstau aufgebaut.

Spätestens mit der von Heinold vorgelegten Nachschiebeliste sei klar, dass ab 2018 für das ohnehin unterfinanzierte Programm überhaupt kein Geld zur Verfügung stünde. „Die Finanzministerin wollte in den Jahren 2015-2017 für IMPULS Geld in einem Sondervermögen ansparen. Durch den massiven Anstieg der Ausgaben und der damit verbundenen Neuverschuldung ist dieser Plan gescheitert. Alle Spielräume sind jetzt schon ausgeschöpft“, so Koch.

Die Präsentation des Programms und auch die heutige Debatte solle ausschließlich davon ablenken, dass SPD, Grüne und SSW sich in ihrer Regierungszeit beharrlich weigerten, zu investieren. Mit der Nachschiebeliste werde nun auch der Folgerregierung die Möglichkeit zusammen gestrichen, diese Versäumnisse schnell zu beseitigen.

„Selbst die bislang für kommendes Jahr geplanten Mittel für die Planung von Bauvorhaben wollen Sie noch einmal um ein Drittel kürzen“, so Koch.

Analyse des Programms der Landesregierung:
<http://www.cdu.ltsh.de/media/investitionkomplett.pdf>

CDU-Antrag für 24-Stunden-KiTas im Landtag **Rathje-Hoffmann: Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, müssen entlastet werden**



Katja Rathje-Hoffmann, Sozialexpertin der CDU-Fraktion

Den Auftakt des heutigen Nachmittags machte eine durch Anträge der CDU-Fraktion initiierte Debatte über Kindertagesstätten. Neben der Antwort der Landesregierung auf die „Große Anfrage“ von Katja Rathje-Hoffmann und Fraktion ging es um ihren Antrag zur Förderung von 24-Stunden-KiTas.

In ihrer Rede betonte die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion dass „keine Frau und kein Mann das Gefühl haben sollte, sich grundsätzlich zwischen Kind und Berufstätigkeit entscheiden zu müssen“.

Die Landesregierung mache leider den Eindruck, als ob sie in der Initiative der CDU lediglich

einen Angriff auf ihre Politik sehe. „Versetzen Sie sich doch mal in die Lage einer Servicekraft, Polizistin, Krankenpfleger oder Arzt. Vor allem Alleinerziehende haben deswegen Schwierigkeiten, Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen“, so Rathje-Hoffmann.

Aus der Antwort der Landesregierung geht hervor, dass lediglich sieben Prozent aller Kindertagesstätten bis 18 Uhr, und nur 1,5 Prozent über 18 Uhr hinaus geöffnet haben. Die häufigste Öffnungszeit mit 88 Prozent liegt von 8 bis 14 Uhr.

„Das Kindeswohl muss immer erste Priorität haben“, sagte Rathje-Hoffmann. Es ginge nicht darum, dass Kinder 24 Stunden am Tag „wegorganisiert“ werden könnten. Die Zahl der Betreuungsstunden für die Kinder müsse deshalb im bisherigen Rahmen bleiben. Ziel sei lediglich, dass die Öffnungszeiten der KiTas sich am Bedarf orientierten.

Auch, dass die Einrichtung von sogenannten „Übernachungskindergärten“ nicht zum Nulltarif gehe, ist der CDU klar. Das Bundesministerium unterstützt diese Idee der Betreuung in Abend- und Nachtstunden jedoch mit 100 Millionen Euro für 2016 und 2017.

Zur weiteren Beratung wurde die Initiative der Union einstimmig in den Sozialausschuss überwiesen.

Link zur Großen Anfrage:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2400/drucksache-18-2403.pdf>

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3500/drucksache-18-3503.pdf>

CDU fordert Rückkehr zu Sperrklausel im Kommunalwahlrecht **Beratungen über Änderungen kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften**



Kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen

Heute stand ein ganzes Paket an Änderungen des Kommunal- und Wahlrechts auf der Tagesordnung des Landtages. Die CDU-Fraktion brachte drei Forderungen ein: Die Rückkehr zum Auszählverfahren nach d`Hondt im Landes-, sowie im Gemeinde- und Kreiswahlgesetz; die Einführung einer Sperrklausel im Bereich des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes; und die Einführung einer Mehrheitsklausel im Bereich des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes, die im Bedarfsfall mehr als ein Zusatzmandat ermöglicht. „Das neue Wahlrecht, das zur Kommunalwahl 2013 erstmals Anwendung fand, hat in einigen Gemeinden zu kuriosen Ergebnissen geführt“, begründete CDU-Kommunalexpertin Petra Nicolaisen ihren Antrag.

Parteien und Gruppierungen, die die absolute Mehrheit der Stimmen bei der Kommunalwahl erreicht haben, hätten nicht die absolute Mehrheit in der Vertretung. Durch das neue Auszählverfahren nach Saint Lague/Schepers würden die Parteien und Gruppierungen mit großem Stimmenanteil benachteiligt. Die Zersplitterung der Vertretungen auf kommunaler Ebene sei in erster Linie eine Folge des Wegfalls der 5%-Hürde und behindere die Arbeitsfähigkeit der Kommunalvertretungen und Kreistage!

Scharfe Kritik übte Nicolaisen an der Absicht von SPD, Grünen und SSW, dem Innenministerium die Anordnung von Verwaltungsgemeinschaften auf Amtsebene ohne Mitspracherecht der betroffenen Gemeinden zu ermöglichen. „Hier wird das kommunale Selbstbestimmungsrecht mit Füßen getreten. Verwaltungsgemeinschaften machen durchaus Sinn, aber auf freiwilliger Basis“, sagte Nicolaisen.

Auch die Verpflichtung von Kommunen, in denen in der Verfassung aufgeführte Minderheiten heimisch sind, zu Minderheitenberichten kritisierte Nicolaisen. „Mehr Aktenordner haben noch niemals für mehr Leben in den Kommunen gesorgt.“ Im Hinblick auf die Neufassung der Zusammensetzung der Amtsausschüsse forderte die CDU-Abgeordnete eine intensive Beratung mit Kommunen und Ämtern. „Ziel muss es sein, eine Funktionsfähigkeit der Amtsausschüsse zu gewährleisten“, so Nicolaisen.

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3500/drucksache-18-3587.pdf>

Piraten wollen Handyverbote an Schulen untersagen

CDU: Wille der Schulen muss respektiert werden



CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen

Auf Antrag der Piraten stand heute die Handynutzung an Schulen auf der Tagesordnung des Landtages. In ihrem Antrag sprachen sich die Piraten für ein generelles Verbot von Handyverboten aus. Die Landesregierung solle Schulen anordnen, „entsprechende Passagen in der Schulordnung unverzüglich außer Kraft zu setzen“.

Die CDU-Bildungspolitiklerin Heike Franzen warnte in der Debatte vor überzogenem Aktionismus. „Ich erlebe einen pragmatischen Umgang mit Handys an den Schulen. Im Unterricht sind sie in der Regel nicht im Betrieb, was auch aus unserer Sicht vernünftig ist“, so Franzen. Ihr sei keine Schule bekannt, die ein generelles Handyverbot ausgesprochen habe. Wenn es doch eine Schule gebe, in der eine Nutzung grundsätzlich verboten sei, dann nur auf

Beschluss der Schulkonferenz, der zu respektieren sei.

„Die entscheidende Frage ist, wie man in der Schule damit umgeht. Ich meine damit nicht nur, ob man sie verbietet oder nicht, sondern auch wann und wie man sie nutzen kann und es sinnvoll ist, sie auszuschalten“, so die Bildungspolitikerin unter Verweis auf eine Studie aus Großbritannien. Wissenschaftler der London School of Economics haben einen Zusammenhang zwischen einem Handyverbot und den schulischen Leistungen herausgefunden. Demnach würden Schulen mit einem Verbot bessere Testergebnisse erzielen. Vor allem die Leistungsschwachen würden davon profitieren, weil sie weniger durch Mobiltelefone abgelenkt würden.

Der Antrag der Piraten wird nun in den kommenden Wochen und Monaten im Bildungsausschuss weiter beraten.

CDU steht zur Wahlfreiheit G8/G9 an Gymnasien **Antrag scheitert am Widerstand der Regierungsfractionen**

Die Frage G8/G9 beschäftigte heute erneut den Schleswig-Holsteinischen Landtag, wo abschließend in Zweiter Lesung über einen Gesetzentwurf der FDP zur Änderung des Schulgesetzes beraten wurde. Demnach sollten die Gymnasien wieder in die Lage versetzt werden, sich zwischen G8 und G9 zu entscheiden oder beide Bildungsgänge anzubieten (Y-Modell). Diese Wahlfreiheit hatte die Regierungskoalition mit der Änderung des Schulgesetzes zuvor abgeschafft.

Aus Sicht der CDU-Fraktion spricht für die Wahlfreiheit, dass die Gymnasien damit ihr eigenes Profil bilden und auf die Bedarfe der einzelnen Schüler, wie zum Beispiel sehr unterschiedliche Anfahrtszeiten, eingehen können.

Das neue Schulgesetz verschärfe zudem die Notwendigkeit, die Wahlfreiheit wieder einzuführen, betonte die CDU-Bildungspolitikerin Heike Franzen in ihrer Rede. Mit der Abschaffung der Schullaufbahneempfehlungen seien die Anmeldezahlen an den Gymnasien stark gestiegen. Eine besonders hohe Nachfrage verzeichneten dabei die G9-Gymnasien. Das Anmeldeverhalten zeige, dass es unter den Eltern einen großen Bedarf nach dem neunjährigen Bildungsgang gebe.

„Vor diesem Hintergrund sollen die Gymnasien entscheiden können, wie sie den Unterricht bis zum Abitur gestalten wollen, um ihrer Aufgabe, Kinder auf das Studium vorzubereiten, gerecht werden zu können“, so Franzen. Darum trete die CDU für die Wahlfreiheit ein.

Während der Gesetzentwurf die Zustimmung von CDU und FDP erhielt, lehnten die Regierungsfractionen und die Piraten die Gesetzesänderung ab.

SPD, Grüne und SSW wollen Ruhestandsbeamte zurück holen CDU: Richtiges Ziel, schlechter Gesetzentwurf



Innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Axel Bernstein

Angesichts der Flüchtlingskrise wird im öffentlichen Dienst viel zusätzliches Personal benötigt – vor allem Lehr- und Polizeikräfte. Der Bedarf ist kurzfristig nicht zu decken, da nicht genug ausgebildetes Personal zur Verfügung steht.

Mit einem Zuschlag von bis zu 15 Prozent auf das Grundgehalt wollen die Koalitionsfraktionen unter anderem Beamte dazu animieren, den Eintritt in ihre Pension zu verschieben. Bereits pensionierte Lehrer, Polizisten, Richter oder Verwaltungskräfte sollen ebenfalls animiert werden, in den aktiven Dienst zurück zu kehren.

Der diesbezügliche Gesetzentwurf soll Ausnahmen und Änderungen zu den geltenden gesetzlichen Vorschriften im Besoldungs- sowie im Versorgungsgesetz schaffen. So soll es sich für die Betroffenen auch finanziell lohnen, weiter zu arbeiten.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Dr. Axel Bernstein, bezweifelte in seinem Debattenbeitrag, dass mit dem vorliegenden Entwurf die angestrebte Zahl an freiwilligen Verlängerungen der Dienstverhältnisse erreicht werden kann.

„Das Anliegen der Landesregierung, in der gegenwärtigen besonderen Bedarfslage Bedienstete des Landes zu einem späteren Eintritt in den Ruhestand zu bewegen, ist grundsätzlich richtig. Die Regelung dazu in Artikel 2, Nummer 3d ist allerdings bürokratisch und verfehlt ihr Ziel, weil sie die Anrechnungsfreiheit in das Belieben der Finanzministerin stellt. Damit kann niemand sicher sein, dass ihm im Fall einer Verlängerung der Dienstzeit sein verdientes Gehalt nicht sofort von der ebenso verdienten Pension abgezogen wird“, erklärte Bernstein in Kiel.

Wer gerade Polizisten zu längerem Arbeiten motivieren wolle, der müsse ohnehin mehr tun: „Die immer noch drohenden Stellenstreichungen müssen vom Tisch. Der unnötige Polizeibeauftragte als Ausdruck des Misstrauens muss zurück in die grüne Mottenkiste“, so Bernstein.

Zum Gesetzentwurf:

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3500/drucksache-18-3538.pdf>

Vernissage lockt 160 Besucher in die Räume der CDU-Landtagsfraktion Drei Künstler stellen gemeinsam 69 Gemälde aus



Ingbert Liebing, (v.l.), Peter Sönnichsen und Daniel Günther (r) bedanken sich bei den Künstlern

Die Förderung der Kultur hat sich die CDU-Landtagsfraktion auf die Fahne geschrieben. Regelmäßig ermöglicht sie Künstlerinnen und Künstlern, ihre Werke im Fraktionssitzungssaal und auf den Fluren der Geschäftsstelle zu präsentieren.

Gestern wurde mit einer Vernissage eine neue Ausstellung von drei Künstlerinnen und Künstlern aus Schleswig-Holstein eröffnet. CDU-Fraktionschef Daniel Günther konnte insgesamt 160 Gäste begrüßen, unter ihnen neben Abgeordneten der CDU auch Kolleginnen und Kollegen von FDP und Grünen. Vor allem dankte Günther jedoch den Künstlern.

Mit den Werken von Brigitte Bieg können die Besucher abstrakte und informelle Arbeiten in Acryl entdecken. Ann-Kathrin Schaar malt in Kohle und Graphit, sowie ebenfalls in Acryl. Ihre Malerei beschreibt sie als ein Lebensgefühl von Ruhe, was sich auch in den Motiven wiederfindet. Volker Huschitt gehört heute zum festen Bestandteil der schleswig-holsteinischen Kunstszene. Er stellt Aquarelle und Ölbilder in den Räumen der CDU-Fraktion aus.

CDU-Kulturexperte Peter Sönnichsen freute sich über die große Resonanz: „Wir haben uns in der Fraktion dafür entschieden, wieder häufiger solche Ausstellungen zu organisieren. Dass diese so stark besucht werden, spricht für die Künstler“, so der kulturpolitische Sprecher.

Bis zum 8. Januar 2016 können Sie die Ausstellung in den Räumen der CDU-Fraktion besuchen. Nutzen Sie die Chance und schauen Sie im Landeshaus vorbei.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de